

Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30, Mohrenstr. 46, Grennf. B. 5, Barbarossa 1914.
Postfach 600 Berlin 65 3/4. — Vermerk: für die Schriftleitung: Dr. Otto F. v. Helldorf, Min.-Direktor, Allee 2
Prof. Dr. Ludw. Spang, Prof. Rudolf Schmidt, Segefelder Str. 35 — Erscheint monatlich, zweimal — Postbezugspreis jährlich RM. 0,90 — Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 2 — J. u. W. g.

№. 3

Berlin, den 1. Februar 1936

17. Jahrgang

Volkstumspolitik und Außenpolitik

Einige Tage vor der Rede des polnischen Außenministers (über die an anderer Stelle berichtet wird) hatte der Hauptvorstand des Bundes der Polen in Deutschland bekanntlich eine Mitteilung veröffentlicht, in der er die Behauptung aufstellte, daß sich trotz der Erklärungen des Führers die Lage des polnischen Volkstümlers in Deutschland im Laufe der letzten Jahre verschlechtert habe! Die staatspolnische Presse nahm diese Mitteilung zum Anlaß, um erneut heftige Angriffe gegen die Volkstumspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands zu richten. Ein Teil dieser Presse kündigte damals an, daß der polnische Außenminister in seiner bevorstehenden Rede vor dem Sejm auszusprechen werde, daß diese Politik der polnischen Regierung ihre vor einigen Jahren abgegebene Erklärung über die enge Gegenfälligkeit in der deutsch-polnischen Politik aufgefaßt hat. Eine entsprechende Ankündigung, daß Oberst Beda auf die Erklärung des Polenbundes eingehen werde, war damals auch in einigen Pariser Blättern zu finden. Oberst Beda hat diese Frage in seiner Rede vor dem Sejm auszusprechen nicht berührt. Er hat nur, im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über die Behandlung der Polen in der Tschechei, hervorgehoben, daß das Schicksal der Polen im Ausland der Öffentlichkeit in Polen nicht gleichgültig sei. Der Polenbund hatte vielleicht etwas anderes erwartet.

Die Angelegenheit ist immerhin interessant. Es besteht ja die Möglichkeit, daß zwischen Deutschland und Polen einmal eine unmittelbare Aussprache über die Behandlung der beiderseitigen Volkstümler stattfindet. Geht den Fall, es käme dazu. Dann wäre es zunächst einmal notwendig, klarzustellen, für wen in einem solchen Falle die polnische Regierung der Reichsregierung gegenüber aufzutreten legitimiert wäre. Derartige Verhandlungen müßten von tatsächlichen Gegebenheiten ausgehen. Die Zahl von 1,2 oder gar 1,5 Millionen Polen in Deutschland, die die Polenbundespresse immer anzuführen beliebt, ist keine politische Realität. Wie ist das Plantagenprodukt von Beuten, die wichtiger genommen werden möchten, als es ihnen zutrifft. Wenn es zwischen Deutschland und Polen zu entsprechenden Verhandlungen käme, dann müßte also erst einmal die wirkliche Zahl der Polen in Deutschland festgestellt werden. Das könnte durch die Errichtung eines Nationalkatasters geschehen. (Solange es ein solches nicht gibt, können sich die Verhandlungen nur auf die Mitglieder des Polenbundes beziehen.) Bei der Aufstellung eines Nationalkatasters wäre das allein anwendbare Kriterium der nationalen Zugehörigkeit das freie Bekenntnis des ein-

zelnen. Es ist zu begrüßen, daß sich kürzlich auch die führende polnische Zeitschrift in Deutschland, der „Młody Polak w Niemczech“, zu dieser Ansicht bekannt hat. Er schrieb in einem, in den Doppelnummer „Nowiny Codzienne“ am 4. Oktober v. J. wiederergegebenen Artikel wörtlich: „Angehöriger unserer Volksgemeinschaft ist jeder Pole, der sich zum Polentum bekennt.“ Es liegt auf der Hand, daß sich etwaige Verhandlungen über die beiderseitigen Volkstümler nicht auf solche Menschen beziehen könnten, die sich nicht zum Polentum bekennen. Man würde sie sonst zu etwas stampeln, was sie weder find noch sein wollen. Übrigens würden ja derartige Verhandlungen auch auf Gegenfälligkeit beruhen. Und es wäre wahrhaftig nicht schwer, mit sachlichen Ausführungen über mancherlei Mängel in der Lage der deutschen Volkstümler in Polen einige Verhandlungstage zu füllen. Allein mit dem Namen Gragnyff ist so viel Unrecht verbunden, das den deutschen Volksgenossen in Polen angeht worden ist und noch wird, daß es unmöglich ist, an die Aufrichtigkeit des Wunsches der Polenbundespresse zu glauben, die in hartnäckiger Wiederholung für die Polen in Deutschland dieselbe Behandlung fordert, wie sie den Deutschen in Polen zuteil wird.

Es ist interessant festzustellen, daß gerade in den letzten Wochen sowohl von deutscher wie von polnischer amtlicher Seite in bestimmten Fällen hervorgehoben worden ist, daß die Behandlung der eigenen Volkstümler in fremden Staaten für die Gestaltung der politischen Beziehungen zu diesen Staaten nicht gleichgültig ist. Oberst Beda hat in seiner Rede der tschechischen Regierung klar zu machen versucht, daß das Verhältnis zwischen Polen und der Tschechei wesentlich durch die Behandlung der polnischen Volkstümler in Tschechei beeinflusst wird. Einige Tage darauf ist der deutsche Gesandte in Riga, von Schack, beim lettlandischen Staatspräsidenten und Außenminister Ullmanis vorstellig geworden, um ihn mit der gebotenen Schärfe darauf hinzuweisen, daß die um die Jahreswende erlassenen lettischen Wirtschaftsgesetze, die sich vorwiegend gegen den wirtschaftlichen und kulturellen Bestand der deutschen Volkstümler richten, eine schwere Belastung der Beziehungen des Deutschen Reiches zu Lettland darstellen müssen. Zu dieser selben Frage hat sich Reichsaussenminister von Neurath einem Vertreter des „Niederdeutschen Beobachters“ gegenüber u. a. folgendermaßen geäußert: „Die Ausgestaltung der politischen Beziehungen zu den baltischen Staaten wird erheblich beeinflusst von der Behandlung, die diese in ihrem Gebiet ansässigen deutschen Volksteile angedeihen lassen. Was unsere Beziehungen zu Lettland betrifft, so haben diese durch die am Jahresende erlassenen lettischen Gesetze eine schwere Belastung erfahren. Wenn wir auch durchaus Verständnis für die Bestrebungen der lettischen Regierung hinsichtlich einer Konsolidierung des Staates haben, so kann es

das deutsche Volk doch nicht mit Gleichmut hinnehmen, daß dieser Prozeß sich in erster Linie auf Kosten der deutschen Volksgruppe vollzieht. Es bleibt abzuwarten, ob diese Befehle und ihre Durchführung eine völlige Loslösung Lettlands von ihrer früher feierlich abgegebenen Erklärung bedeuten."

In der gleichen Unterredung hat sich der Reichsaußenminister auch über das Verhältnis Deutschlands zu Litauen geäußert: Die volle Achtung der im Memelstatut verankerten Autonomierechte der Memelländer werde immer die Voraussetzung für die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Litauen sein, die Deutschland an sich begrüßt. Es sei in diesem Zusammenhang auch noch einmal an die wiederholten Erklärungen des Führers und Reichsstattdanzlers zur Memelfrage erinnert. In diesen Erklärungen ist der Zusammenhang zwischen Volkstumspolitik und Außenpolitik mit reifster Deutlichkeit festgestellt und er ist, wie man weiß, auch in der Praxis konsequent beachtet worden: ... Wir haben daher keine

Möglichkeit, solange es den verantwortlichen Garanten des Memelstatuts ihrerseits nicht möglich ist, Litauen zum Respekt der primitivsten Menschenrechte zurückzuführen, unerleerlich mit diesem Staat irgendeinen Vertrag abzuschließen." Man sieht also, daß nicht nur Polen die Achtung hat, sondern auch Deutschland entschlossen ist, der Behandlung seiner Volkszugehörigen in fremden Staaten einen Einfluß aufzuerheben. Beziehungen zu diesen Staaten einzuräumen. In früheren Jahren ist es möglich gewesen, die deutschen Proteste gegen die Mißhandlung der deutschen Volksgruppen im Ausland mehr oder weniger unbeachtet zu lassen. Heute aber haben die Staaten, die glauben, die Vorstellungen von deutscher Seite noch unbeachtet lassen zu können, ein derartiges Verhalten mit wirtschaftlichen und politischen Nachteilen zu büßen. Das Deutsche Reich ist kein Faktor mehr, dessen berechtigte außen- oder auch volkspolitische Ansprüche jeder beliebige Emporkömmling ungefroßt juristisch fände. Dr. K.

Der Genfer Vorstoß gegen Danzig

Der Bericht des Kommissars

Seit zweieinhalb Jahren hat sich der Völkerbund kaum noch mit Danziger Fragen befaßt. Wenn auf der letzten Tagung des Völkerbunds Danziger Fragen wieder einmal im Vordergrund standen, so waren sie diesmal wesentlich anderer Art als in früheren Jahren. Früher war es fast ausschließlich Danzig, das sich mit Beschwerden über vertragswidrige Vorstöße Polens an den Völkerbund wandte, der sich damals im allgemeinen nur sehr widerwillig und übergeleugelt mit den Danziger Eingaben befaßte. Diesmal aber haben sich die dem Genfer Rat vorgelegten Beschwerden gegen Danzig, bzw. dessen Regierung gerichtet, und der Völkerbund hat sich mit einem vorzüglichen Eifer auf sie gestürzt. Auf der Tagesordnung der letzten Ratssitzung haben ausschließlich innerdanziger Angelegenheiten gestanden: Der Rat hat sich noch einmal mit dem Gutachten des Haager Gerichtshofs über die Danziger Strafrechtsreform zu befassen gehabt. Die Danziger Opposition hat sich, nachdem das Danziger Oberverwaltungsgericht diese Frage bereits endgültig im Sinne des Senates entschieden hat, beim Völkerbund über die Vollstanznahmen vom April u. Ss. beklagt. Den Hauptteil des in Genf zur Debatte stehenden Danziger Fragenkomplexes aber hat der Jahresbericht des derzeitigen Völkerbundskommissars Lestér geliefert. Im Gegenfatz zu den Berichten früherer Jahre hat sich dieser umfangreiche Bericht — von einigen Sätzen abgesehen, die in recht nebensächlicher Form das Verhältnis zwischen Danzig und Polen berühren — ausschließlich mit innerdanziger Vorgängen befaßt.

Lestér, dessen Amtsperiode Anfang nächsten Jahres abläuft, fühlt sich berufen, das nationalsozialistische Regierungssystem in Danzig einer heftigen unfreundlichen Kritik zu unterziehen. U. a. behauptet er in seinem Bericht an den Rat, die letzten Vollstanznahmen seien unter „verfassungswidrigen“ Befehlen durchgeführt worden. Dem Senat wirft er vor, er habe die von ihm, dem Völkerbundskommissar, gegebenen Empfehlungen nicht genügend beachtet. Er findet, daß die oppositionellen Parteifunktionäre von der Danziger Regierung nicht höflich genug angefaßt worden seien. Vor allem aber paßt es ihm nicht, daß seiner Beobachtung nach die Danziger Regierungsglieder als Mitglieder der NSDAP parteipolitisch dem Gauleiter Forster unterstehen. Er ist der Meinung, daß sich ein solcher Zustand mit der Danziger Verfassung nicht vereinbaren lasse. Er nimmt Anstoß daran, daß die Danziger Behörden ihre Schreiben mit der allgemein üblichen Grußformel „Heil Hitler“ versehen. U. f. f.

Lestér ist in seinem Bericht zu dem Ergebnis gekommen, daß die ihm als Völkerbundskommissar gegenüber der Regierung der Freien Stadt zur Verfügung stehenden Mittel „unbefriedigend“ seien; der Völkerbundsrat solle eine Untersuchungskommission für Danzig

einsetzen. Lestér hat also eine Ausweitung seiner Befugnisse in Danzig verlangt. Dazu ist zunächst einmal grundsätzlich festzustellen, daß er als Völkerbundskommissar in allererster Linie die Aufgabe hat, der Freien Stadt Danzig den Schutz zu gewähren, dessen diese gegenüber den oft und offen genug bedenkten Ansprüchen polnischer Kreise bedarf. Von dieser Aufgabe scheint Lestér wenig zu halten. Er hat vielmehr den Ergeiz, in Danzig eine ähnliche Stellung einzunehmen, wie sie seinerzeit der berühmte Knox im Saargebiet innegehabt hat. Wie dieser sich auf die Statusquoer und deren französische Hintermänner gestützt hat, so stützt Lestér sich auf die wenig ehrenvolle Liebe einiger oppositioneller Parteifunktionäre und auf das Wohlwollen gewisser fremder Diplomaten in Danzig, mit deren Hilfe er dort eine Art Nebenregierung aufzurichten möchte.

Die Gründe, die Lestér zu seinem Vorstoß gegen die Freie Stadt veranlaßt haben, sind nicht rein politischer, sondern z. T. auch persönlicher Art. Lestér magt aus seiner persönlichen Abneigung, die er gegen den Gauleiter Forster und den Senatspräsidenten Greiser empfindet, auch in seinem Bericht an den Völkerbundsrat keinen hehl. Sein gesellschaftliches Verhältnis zu den Danziger Regierungskreisen, die vielleicht das überspannte Geltungsbedürfnis des Völkerbundskommissars nicht genügend berücksichtigt haben, ist niemals ein besonders gutes gewesen. Die Schuld hieran hat in erster Linie bei Lestér selber gelegen; es sei nur z. B. an das sehr merkwürdige Verhalten erinnert, das Lestér seinerzeit beim Besuche des Kreuzers „Admiral Scheer“ an den Tag gelegt hat, als er zu dem offiziellen Empfang, den er zu Ehren der reichsdeutschen Gäste gab, auch einige Vertreter der oppositionellen, staatsfeindlichen Parteien einlud und durch diese Taktlosigkeit die Mitglieder des Senates und die deutschen Offiziere zwang, sein Haus zu verlassen. Die oppositionellen Parteifunktionäre gehören ebenso wie gewisse Kreise, die in Danzig Gaistrect genießen, zu den ständigen Gästen des Lestérischen Hauses. Lestér steht nicht mehr über dem Streit der innerpolitischen Meinungen Danzigs. Er ist in diesem Streit selber Partei.

Die Behandlung in Genf

Dem Völkerbund ist der Bericht, den Lestér dem Rat vorgelegt hat, äußert gelegen gekommen. Nach der tätigen Rolle, die er in der abessinischen Frage gespielt hat, hat er offenbar das Bedürfnis gehabt, wieder einmal den starken Mann zu martieren. Hierzu hat er das kleine Danzig für das geeignete Objekt gehalten. Die „Daily Mail“ hat schon recht, wenn sie schreibt: Was der Völkerbund als Danziger Kreis ausgeht, das ist in Wirklichkeit eine Krise in seiner eigenen Maschinerie. Mit anderen Worten: die im Völkerbund maßgebenden Kräfte sind froh gewesen, eine Sache gefunden zu haben, mit der sich die erregten Gemüter vom abessinischen Konflikt ein wenig ab-

lenten fliehen. Je weniger sie über Dof sprechen wollen, um so mehr reiben sie über Danzig.

Der englische Außenminister Eden hat sich in Genf als Berichterstatter für die Danziger Fragen vor Vester gestellt. Man wird feststellen müssen, daß es ihm hierbei an jenem psychologischen Einfühlungsvermögen gefehlt hat, das die Behandlung innerdanziger Angelegenheiten erfordert. Als Angelegte ist Eden gewohnt, in einer parteipolitischen Opposition eine Gruppe von Menschen zu sehen, die der jeweiligen Regierung an Verantwortungsbewußtheit gegenüber dem Wohl der Gesamtheit nicht nachsteht. Er übersieht den tiefsten Unterschied, der zwischen „Seiner Majestät Opposition“ in England und jenen Parteifunktionären der Opposition in Danzig besteht, denen weder die sachliche noch die moralische Befähigung eignet, die Danziger Geschehnisse zu leiten. Wer sich dieses Unterschiedes bewußt ist, wird ohne weiteres zugeben müssen, daß das Verhältnis einer verantwortungsbewußten Regierung zur Opposition in Danzig ein anderes als in England sein muß. Wenn eine gewisse Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Opposition in England nicht notwendig ist, so ist das nach lange kein ausreichender Grund, an eine „Verletzung allgemeiner Menschenrechte“ zu glauben, wenn der Danziger Senat eine derartige Beschränkung für geboten erachtet. Wenn die britische Regierung in ihrem Rande eine ebenso verantwortungslose Opposition sehen sich hätte, wie sie die nationalsozialistische Regierung in Danzig gegen sich hat, dann würde sie diese Opposition sehr wahrscheinlich nicht anders behandeln, als es mit Rücksicht auf die Sicherheit des Staates und die Erhaltung des Deutschturns in Danzig geschieht. Es wäre ganz gut, wenn Oberst Bod bei Gelegenheit dem englischen Außenminister noch einmal den Satz wiederholen würde, den er leßthin in seiner Rede gebracht hat: „Wenn wir die internationale Politik und das Verhältnis zu den einzelnen Staaten nach Verfassungs- doktrinen regeln wollten, dann könnten wir schließlich in der ganzen Welt zu einer Art von „Religionskriegen“ kommen.“

Komplicierung des Danziger Problems

Die Atmosphäre war in Genf für Danzig von vornherein schlecht. Es kam den dort maßgebenden Mächten weniger auf eine Klärstellung des Tatbestandes, als auf eine Wiederherstellung des Prestiges des Völkerbundes an. Senatspräsident Greiser verstand es, trotz der ausgesprochen unfreundlichen und unsachlichen Einstellung, der er in Genf begegnete, die Wut des gegen Danzig geplanten Stoßes abzufangen. Hier verdient eine Mitteilung des Senatspräsidenten Greiser Erwähnung: „Es liegt“, so antwortete er auf eine dahingehende Frage, „meiner Ansicht nach durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß die ersten Abhänger der Genfer Faktoren menschenlich anders ausgefallen haben würden, als man aus dem bekannt gewordenen Bericht Entsch nehmen kann. Der erste Bericht, der mir in Genf zu Gesicht kam und der aus dem Büro des Völkerbundsekreterariats zu stammen schien, war in Form und Inhalt von einer Schärfe, die mir eine Annahme der dort enthaltenen Befehle und Aufträge verbot. Ich hätte es für unvereinbar mit der Souveränität Danzigs gehalten müssen, auch nur in eine ernsthafte Beschprechung über die anfänglich anstehenden gegängigen Pläne einzutreten. Ich habe den Genfer Faktoren auch nicht verschwiegen, daß ich in einem solchen Falle der ungeheuerlichen Zumutung mein Amt als Präsident der Freien Stadt hätte niedertreten müssen und zwar mit der direkten Begründung, daß Genf die Arbeit einer aufbaumilligen Regierung durch sein Verhalten, wie es — ich betone noch einmal: ursprünglich — geplant war, unmöglich macht. Die von der Presse bereits erregene Abreise wäre tatsächlich erfolgt, wenn die eingetretene Wendung ausgeblieben wäre.“

In der auf Empfehlung Edens vom Völkerbundsrat gefaßten Entscheidung wird der Senat der Freien Stadt aufgefordert, „ganz allgemein Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um in einem dem Geiste der Verfassung entsprechenden Sinne zu regieren“. Im einzelnen hat sich der Senat bereit erklären müssen, seine in Anle-

mung an das reichsdeutsche Vorbild durchgeführte Strafrechtsreform im Sinne des haager Gerichtsentwurfes vom 4. Dezember 1935 abzuändern und seine Verordnung über den Ehrenschutz der nationalen Verbände vom Oktober 1933 aufzugeben. Im übrigen hat sich die vom Senatspräsidenten angewandte Taktik als einigermaßen erfolgreich erwiesen: Die oppositionellen Parteifunktionäre haben mit leeren Händen aus Genf abziehen müssen. Die Frage der Neuwahlen zum Volkstag bleibt in der Schmelze. Die Entsendung einer „Untersuchungskommission“ des Völkerbundes ist als untergeordnet zurückgestellt worden. Der Völkerbundskommissar hat keine formelle Erweiterung seiner Machtbefugnisse erhalten. Doch hat der Völkerbund das feindselige und unfaire Verhalten seines Kommissars gegenüber der nationalsozialistischen Regierung der Freien Stadt gebet und ausgeheißt. Er hat damit die Grundlage zu neuen Konflikten geschaffen. Es liegt auf der Hand, daß das Schnüffelregime des Kommissars auf die Danziger Bevölkerung ebenso aufzuden und verlegend wirken muß, wie seinerzeit die Tätigkeit der Entwaffnungskommissionen der Entente verberblich und beleidigend auf das deutsche Volk gewirkt hat. Das Ergebnis ist eine Komplicierung des Danziger Problems und die Schaffung eines neuen politischen Zündstoffs in Europa. Es ist im Interesse des Friedens zu wünschen, daß bei einer Explosion des Pulverfasses, das der Völkerbund jetzt nach Danzig gesetzt hat, lediglich der Kommissar in die Luft fliegen wird.

Polens Einstellung zur Danziger Frage

Sehr bezeichnend ist die Haltung, die die polnische Regierung in dieser Frage einnimmt. Seit dem Rückzug, den sie im August v. Js. in der Frage der Guldenwährung antreten mußte, hat sie sich in der Danziger Angelegenheit ziemlich zurückhaltend gezeigt. Sie hat die Dinge auf sich zukommen lassen, aber zweifellos immer damit gerechnet, daß die vom Völkerbundskommissar geförderte Wählerarbeit der Danziger Opposition eines Tages eine für sie günstige Situation herbeiführen werde. Polen hat auch jetzt in Genf ein offenes Hervortreten gegen Danzig vermieden. Das hat es auch gar nicht nötig gehabt. Die in Genf herrschende schlechte Stimmung für Danzig kam ihm auch ohne eigenes Zutun zu gute. Es konnte den freundlichen Vermittler spielen und brauchte dabei nur zu nehmen, was ihm die anderen Staaten, die schließlich mit Danzig doch nichts Richtiges anzufangen wußten, selber hinreichten. In dieser Hinsicht sind folgende Sätze der Ratsentscheidung bezeichnend: „Der Rat kann es im vollen Vertrauen dem Völkerbundskommissar überlassen, die Danziger Regierung bei der Durchführung der erwähnten Maßnahmen zu beraten und zu unterstützen. Bei Erfüllung dieser Aufgabe wird der Kommissar sicherlich auf die Unterstützung und den Einfluß aller im Rat vertretenen Mächte rechnen können. In dieser Hinsicht kann der Rat insbesondere auf die Hilfe Polens rechnen, das besondere Interessen in der Freien Stadt hat.“ Es ist nicht klar, wie dieser letzte Satz zu verstehen ist. Im Warschauer Kreislauf erzählt man sich, der Völkerbundsrat habe gewisse Aufsichtsbefugnisse, die er sich gegenüber Danzig bisher selbst vorbehalten habe, „vorläufig an Polen abgetreten“. Wenn das zutreffen sollte, dann wäre der Genfer Versuch, Polen mit dem Danziger Körper von einem weiteren Ausbau seiner Beziehungen zu Deutschland wegzuloden, gelungen. Polen hat bisher stets geltend gemacht, daß es in Danzig nur wirtschaftliche Interessen verfolge. Die Ausübung eines irgendwie gearteten Aufsichtrechtes über innerdanziger Angelegenheiten würde gewissen Zusagen, die von polnischer Seite im vergangenen Jahre gemacht worden sind, widersprechen. Es ist anzunehmen, daß man sich in Warschau darüber im klaren ist, daß ein Versuch, sich in innerpolnische Angelegenheiten der Freien Stadt einzumischen, eine sehr lebhafteste Reaktion in Berlin hervorzurufen müßte, — gleichgültig, ob ein solcher Eingriff „in eigener Sache“ oder etwa „im Auftrag des Völkerbundes“ geschähe.

Der Pakt: nüchtern und unromantisch

Es besteht heute eine Meinungsverschiedenheit mehr darüber, daß mit dem deutsch-polnischen Gewaltverzichtspakt, dessen Abschluß sich am 26. Januar zum zweiten Male jährte, mehr für die Erhaltung des europäischen Friedens getan worden ist, als durch irgendeinen anderen diplomatischen Akt seit dem Ende des Großen Krieges. Zwar werden von den oppositionellen Parteien in Polen auch heute noch immer wieder Einwände gegen den Pakt erhoben und Bedenken gegen die mit ihm eingeleitete außenpolitische Linie geäußert. Aber diese Einwände und Bedenken richten sich in der Hauptsache weniger gegen den Pakt an sich als gegen eine Annäherung Polens an Deutschland, die über den Tatbestand des vereinbarten Gewaltverzichts hinausgeht. Auch die deutschfeindlich eingestellten Kreise in Polen wissen im allgemeinen die realen Vorteile, die der Pakt Polen gebracht hat, durchaus zu schätzen, und sie machen sich diese Vorteile in ihrer Propaganda sehr gerne zunutze. Sie wollen nur nicht, daß die deutsch-polnischen Beziehungen „zu einem Bündnis ausarten“. Ihre Angst, daß das geschehen könnte, kann man als unbegründet bezeichnen. Der Abschluß eines Bündnisses ist weder, daß die daran beteiligten Partner sich über ein gemeinsames Vorgehen gegen den Dritte einig geworden sind. Weber Deutschland noch Polen hat diese Absicht. Die Absicht des von ihnen abgejagten Paktess ist vielmehr die, zu verhindern, daß sie mit einander in eine gewalttätige Auseinandersetzung geraten, von der nur Dritte einen Vorteil haben könnten.

Es hat in den vergangenen zwei Jahren nicht an Verwunden gefehlt, die Brücke zwischen Berlin und Warschau wieder zum Einsturz zu bringen. Polen ist wiederholt scharf unter Druck gesetzt worden. Paris hat Moskau gegen das selbständig gewordene Warschau auszuspielen versucht. Vielleicht hat der deutsch-polnische Pakt die Annäherung zwischen Frankreich und der Sowjetunion beschleunigt. Aber es ist sicher, daß ein Verzicht auf den Pakt die Annäherung nicht zu verhindern vermocht hätte. Im Gegenteil hat der von Frankreich begünstigte Einbruch der Sowjetdiplomatie in Mitteleuropa die Richtigkeit und den Wert des Paktes mit Deutschland bestätigt. Je mehr die Politik Moskaus in Mitteleuropa, vor allem in Litauen und in der Tschechei, an Boden gewinnt, um so mehr müssen Deutschland sowohl wie

Polen daran interessiert sein, an ihrer gemeinsamen Grenze keine neuen Gegenstände aufkommen zu lassen.

Die außenpolitische Zweckmäßigkeit des Paktes steht außer Frage. Es wäre aber leichtfertig, aus der Tatsache des Paktes, also eines Instrumentes der Außenpolitik zweier Staaten, darauf zu schließen, daß zwischen beiden Völkern bereits ein freundschaftliches Verhältnis besteht. Dazu sind im Denken und Fühlen des polnischen Volkes die Voraussetzungen nicht oder noch nicht gegeben. Die antideutschen Parolen, die die öffentliche Meinung Polens Jahrzehnte hindurch verpöht haben, wirken fort und werden von einem recht einflussreichen Teil der polnischen Presse auch heute noch Tag für Tag wiederholt. Mißtrauen und Abneigung gegen Deutschland beherrschen weite Kreise des polnischen Volkes. Das ist kein Boden, auf dem eine freundschaftliche Bestimmung zu gedeihen vermag. Selbst wenn es anders wäre, bliebe es ein Irrtum, in der Politik von Freundschaft zu sprechen, sofern man unter Freundschaft die Bereitschaft zu selbstlosem Handeln versteht. Selbstlos sind die dogmenstreuen polnischen Nationaldemokraten gegenüber Frankreich eingestellt: Sie sind bereit, unter allen Bedingungen mit Frankreich zu gehen, auch wenn die Interessen Polens darunter leiden. Und selbstlos waren die deutschen Völkermörder des Vormärz. Sie sehen sich für Polen ein, ohne danach zu fragen, ob Deutschland dabei etwas verliert. Die Erfahrung hat in beiden Fällen bewiesen, daß eine so verstandene Freundschaft den harten Notwendigkeiten des politischen Lebens auf die Dauer nicht standhalten vermag. Es ist zu wünschen, daß das deutsch-polnische Verhältnis, wie es durch den Pakt von 1924 geregelt worden ist, auf einer realeren und darum dauerhafteren Grundlage aufgebaut wird: Nüchtern und unromantisch, damit auch weniger dem Einfluß wechselnder Stimmungen unterworfen. Eine solche nüchternere Betrachtung der Dinge spricht aus folgenden Feststellungen der „Gazeta Polska“ über den Pakt mit Deutschland: „Nichts hat sich im Verhältnis Polens zum Völkerbund geändert. Weber unter Bündnisvertrag mit Frankreich noch die Allianz mit Rumänien, weder die freundschaftlichen Verträge mit der Sowjetunion und ihren Nachbarn noch die Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten stehen in irgendeinem Gegensatz zu dem Berliner Vertrag, und dieser Vertrag steht auch in keinem Gegensatz zu jenen anderen Bindungen.“

Polen droht mit Vergeltungsmaßnahmen

Der polnische Ministerrat hat am 14. Januar folgende Verordnung über den Schutz des polnischen Staates und seiner Bürger gegenüber den Maßnahmen anderer Staaten erlassen:

„Wenn ein fremder Staat

1. polnische Staatsangehörige schlechter behandelt als die Staatsangehörigen anderer fremder Staaten oder

2. den polnischen Staat oder seine Bürger bei der Verfügung über ihre Vermögen, das sich außerhalb der Grenzen der Republik Polen befindet, beschränkt und insbesondere die Erlangung ihrer Forderungen erschwert, oder

3. den polnischen Staatsangehörigen, die sich auf seinem Gebiet aufhalten, nicht den Rechtsschutz sichert, der allgemein von fremden Staaten gewährt wird, oder schließlich

4. in irgendeiner anderen Art auf Grund der von ihm erlassenen Rechtsvorschriften die materiellen Interessen des polnischen Staates oder seiner Bürger schädigt, können Schutzmaßnahmen erlassen werden.“

Es handelt sich um eine Rahmenverordnung, die zu ihrer Anwendung von Fall zu Fall besonderer Anordnungen der Regierung bedarf. In der Verordnung droht

die polnische Regierung jedem Staat, der ihrer Meinung nach die Interessen des polnischen Staates oder seiner Bürger verletzt, Vergeltungsmaßnahmen an. Sie verpflichtet sich, davon vielleicht eine abschreckende Wirkung zu erwarten. Aber Vergeltungsmaßnahmen sind eine gefährliche Angelegenheit; sie sind eine Antwort, auf die eine Rückantwort nicht auszubleiben pflegt. Von polnischer Regierungseite ist versichert worden, daß die Verordnung nicht im Hinblick auf einen bestimmten Staat oder einen bestimmten Fall erlassen worden sei. Immerhin erklärt seine Regierung eine Verordnung, ohne sich etwas Bestimmtes dabei zu denken. Und so besteht für die Frage, gegen wen wohl die Verordnung zum ersten Mal angewendet werden wird, nicht nur in Polen, sondern auch im Ausland ein gewisses Interesse. Man könnte z. B. an Frankreich denken: Die polnischen Arbeiter, die sich dort aufhalten und deren schlechte Behandlung in Polen viel böses Blut gemacht hat, sind zum Teil polnische Staatsangehörige; es wäre z. B. möglich, daß man in Warschau eine Verpötlung der polnischen Arbeiterfrage in Frankreich mit der Angelegenheit des französischen Kapitals in Polen erwägt, nachdem diese beiden Dinge schon früher öfter miteinander in Verbindung gebracht worden sind. Man könnte aber auch an Italien denken: Die Beschlagnahme eines der beiden auf einer italienischen Werft erbauten Ozeandampfers zu Zwecken der italienischen Truppentransporte hat in Warschau verstimmt; auch ist man dort wegen der Bezahlung

der nach Staffeln gelieferten Waren einermäßen in Sorge. Von einigen Seiten wird die Verordnung aber auch mit den deutschen Devisenschwierigkeiten in Verbindung gebracht: Es gibt eine ganze Anzahl polnischer Juden, die in der Postemzeit nach Deutschland gekommen waren, um hier ihre unsauberen Geschäfte zu machen, nach der Wachtregierung durch den Nationalsozialismus aber, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit erworben zu haben, wieder in ihr „Vaterland“ Polen zurückgekehrt sind und nun seit Jahr und Tag der polnischen Regierung damit in den Ohren liegen, daß sie die Zinsen ihres in Deutschland zurückgelassenen Vermögens, z. B. die Mieterlöse der von ihnen in Deutschland ergaunerten Häuser, nicht schnell genug überwiehen bekommen.

Der amtliche Kommentar zu der Verordnung, der von der polnischen Telegraphenagentur „Iskra“ verbreitet wurde, läßt verschiedene Anwendungsabstufungen erkennen. Es heißt darin u. a.: Es gebe Staaten, die eine Bekämpfung der Bewegungsfreiheit polnischer Staatsbürger nicht in Ansehung ihrer Staatsangehörigkeit, wohl aber in Ansehung ihres Wohnsitzes außerhalb der

Grenzen des betreffenden Staates verfügen; ferner könnten die vom Völkerbund beschlossenen Sühnemahnahmen dazu führen, daß der Staat, gegen den sie sich richten, Sühnmaßnahmen ergreife, auf die Polen aus seinerseits wieder antworten müßte. Am einzelnen, heißt es weiter, ließen sich alle möglicherweise einretenden Fälle noch nicht voraussehen; da es aber notwendig ist, daß die Regierung in einem gegebenen Falle rasch handeln könne, sei eine entsprechende Ermächtigung des Ministerrates zweckmäßig gewesen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß über die Anwendung von Vergeltungsmahnahmen nicht etwa der Handelsminister oder der Finanzminister entscheide, sondern daß hierzu ein Beschluß des ganzen Kabinetes notwendig ist. Damit wird eine leistungsfähige Anordnung von Repressivmaßnahmen, wie sie z. B. im Juli v. Js. vom Warschauer Handelsminister während des Guldenstreites gegen Danzig ohne das Einvernehmen des Außenministers erfolgte, erschwert und die politische Bedeutung, die der Frage der Repressivmaßnahmen tatsächlich zukommt, unterschätzt. Man wird abwarten müssen.

„Die Sphinx hat gesprochen“

Mit Spannung hatte man in Polen und im Ausland wieder der schon seit Monaten angekündigten, aber mehrfach verschobenen Rede des polnischen Außenministers entgegengesehen. Es ist für die persönliche Unabhängigkeit des Obersten Bed von innerpolitischen Erregungszuständen bezeichnend, daß er sich durch das Kreuzfeuer der oppositionellen Parteien, dem er nach den Wahlen von Herbst v. Js. ausgesetzt war, nicht dazu zwingen ließ, der Volksvertretung sofort Rede und Antwort zu stehen. Der Presseforum glitt wirkungslos an ihm ab. Er sprach vor dem Sejm, als er es für richtig hielt; kurz vor seiner Abreise nach Genf. „Die Sphinx hat gesprochen“, überschrieb die christlich-demokratische „Polonia“ ihren Bericht über die Rede des Außenministers, von der sie, wie die meisten Blätter der Oppositionsparteien, natürlich entäußert war.

Im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über Polens Einstellung zum italienisch-äthiopischen Konflikt, umriß Oberst Bed die Grenzen der polnischen Außenpolitik mit folgenden Worten: „Das Betreiben einer Politik von übermäßigem Ausmaß, die Neigung zur Intervention in Angelegenheiten, die den Kreis unserer Interessen und Möglichkeiten überschreiten, eine gewisse politische Allgegenwart erachte ich für eine nicht angelegte Sache. Anbererter dürfen wir nicht vergessen, daß sowohl die geographische Lage wie das wohl allgemein anerkannte Gewicht unseres Staates im internationalen Leben uns nicht gestatten, augenblicklicher Bequemlichkeit zuliebe oder aus Opportunismus unterhalb jenes Niveaus herabzugehen, welches uns durch die Berechnung der lebendigen Kräfte im internationalen Leben angewiesen wird.“ Im weiteren Verlauf seiner Rede legte Oberst Bed ein mit einigen vorläufigen Vorbehalten versehenes Bekenntnis zum Völkerbund ab: „... Ich will jetzt nicht darauf eingehen, ob der Völkerbundspakt gut oder schlecht ist, auch nicht Vermutungen aussprechen, ob er fortbestehen bleibt oder nicht, oder ob er vielleicht reformbedürftig ist. Ich bin der Meinung, daß, solange der Pakt durch eine ansehnliche Zahl von Staaten anerkannt wird, er für uns in demselben Grade verbindlich ist, wie für die anderen — nicht mehr und nicht weniger. In einer Zeitpanne großer Flüssigkeit aller Erscheinungen des internationalen Lebens kann unsere Regierung nicht ihre Hand anlegen zur Schwächung dieses Instrumentes internationaler Zusammenarbeit.“

Unter Anspielung auf den seinerzeit von Barthou und Litwinow vorgeschlagenen, von Polen aber zurückgewiesenen Ostpakt, führte Oberst Bed u. a. aus: „Da der Universalismus des Völkerbundes versagt hat und eigentlich nie verwirklicht worden ist, ist es nicht zu verwundern, daß der Gedante regionaler Organi-

stationen in den heutigen politischen Erwägungen wieder und wieder auftaucht. Der Gedante ist vielleicht sogar richtig. Wir müssen aber unerleierter ausdrücklich feststellen, daß es unsere Sache ist, genau zu bestimmen, was als Region polnischer Interessen anzusehen ist, und daß wir in dieser Hinsicht keine fertigen Rezepte entgegennehmen. Aber unsere Mitarbeit wünscht, muß sich mit uns verständigen...“

Ueber die Beziehungen Polens zu den einzelnen Staaten hat sich Oberst Bed im allgemeinen nur kurz und sehr launenhaft geäußert: „Mit Italien unterhalten wir die allerbesten, unmittelbaren Beziehungen, die sich auf alte Traditionen und auf aktuelles Verständnis der gegenseitigen Interessen stützen... Wenn ich von Großbritannien spreche, möchte ich feststellen, daß sich unser Verhältnis zu dieser Macht aufs allerbeste gestaltet, was sowohl in einer Reihe von Handlungen auf dem Genfer Boden zum Ausdruck kam, als auch in den sich günstig entwickelnden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern. Es scheint mir auch als völlig unwahrscheinlich, daß zwischen Polen der englischen Politik in Europa und den vitalen Interessen unserer Politik irgendeine Gegenfähigkeit bestehen könnte...“

Oberst Bed hob in seiner Rede weiter, ohne auf Einzelfragen einzugehen, die Bedeutung der Nichtangriffspakte mit Deutschland und Sowjetrußland hervor: „Meiner Ansicht nach muß man daran erinnern, daß bei den Nichtangriffspakten der Sowjetunion mit ihren westlichen Nachbarn Polen die entscheidende Rolle gespielt und dadurch erstmalig zur Schaffung von Grundfragen eines dauernden friedlichen Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und Staaten anderer Organisation beigetragen hat. Wenn es aber um unsere Vereinbarung mit Deutschland vom Jahre 1934 geht, so hat die ganze Weltmeinung diesen Akt als eines der bedeutungsvollsten internationalen Ereignisse auf dem Wege zur Schaffung friedlichen Zusammenlebens im Nachkriegs-Europa eingestuft.“

Kritisch äußerte sich Oberst Bed über Litauen und sein Verhältnis zu Polen: „... Nicht überall natürlich haben wir die gleichen und ebenso befriedigenden Ergebnisse festzustellen. Wir haben viele Nachbarn, ich werde auf keine beiden großen Nachbarn, den östlichen und den westlichen, sowie auf Rumänien, das unser Bundesgenosse ist, nicht mehr zurückkommen. Wir haben nach Lettland, mit welchem wir freundschaftliche Beziehungen, die sich günstig entwickeln, unterhalten. Wir haben weiter leider die allerwunderlichste Erscheinung nachbarlichen Daseins, nämlich Litauen, einen Nachbarn, der in bezug auf uns keine der nachbarlichen Regeln anerkennt, die von zivilisierten Ländern angewendet

werden. Wir könnten dies als den Nullpunkt ansehen, wenn nicht der jüngst abgeschlossene Prozeß um den Nord an Minister Pieracki auf diese Angelegenheit neues schmerzliches Licht geworfen hätte. Aus den mir bisher bekanntesten Akten dieses Prozesses ist auf Grund von Dokumenten ersichtlich, daß ein ehemaliges Mitglied der litauischen Regierung tätigen Anteil an der Organisation und Finanzierung der terroristischen Aktion in Polen genommen hat. Ich werde nicht verfehlen, mich mit den Einzelheiten dieser Angelegenheit genau bekannt zu machen. Sollte es sich nämlich herausstellen, daß dies nicht eine Episode der Vergangenheit, sondern eine fortbestehende Aktion der litauischen Regierung ist, dann müßten wir Litauern als ein den Frieden gefährdendes Element erachten."

Zurückhaltend, aber zur Verständigung bereit, sprach Oberst Beck über das Verhältnis Polens zur Tschechei: „Die polnische öffentliche Meinung ist seit längerer Zeit beunruhigt durch die Behandlung der Polen in der uns benachbarten tschechoslowakischen Republik. Die Angelegenheit ist tatsächlich peinlich, und es ist begreiflich, daß angesichts der Anwendung von Schikanen gegen Polen außerhalb der polnischen Staatsgrenzen unsere öffentliche Meinung nicht gleichgültig bleiben kann und die Regierung immer mit diesem Faktor rechnen muß. Wir haben über dieses Thema eine diplomatische Korrespondenz mit Prag durchgeführt, geht auf die zwischen uns bestehenden Verträge, die uns berechtigen, in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen. In dieser Korrespondenz gab ich der Ueberzeugung Ausdruck, daß über die zwischen unseren Ländern bestehende Atmosphäre in erster Linie der tatsächliche Zustand entscheiden wird, nämlich die Behandlung der Polen in der Tschechoslowakei. Keinerlei künstliche Prozedur und keinerlei Diplomaziererei kann hier etwas helfen. Andererseits aber wird jede Zerknirschung des guten Willens der Prager Regierung von uns gebührend eingeschätzt werden und auf geradem Wege zur Schaffung einer besseren nachbarlichen Atmosphäre beitragen."

Im wesentlichen hat Oberst Beck in seinem Exposé nichts Neues gesagt. Auf Einzelheiten der internationalen Beziehungen Polens ließ er sich, außer im Falle der Tschechei und Litauern, nicht ein. Auch die Aussage über seine Rede war in dieser Hinsicht wenig ergiebig. Erwähnenswert sind allensfalls einige Sätze, die der Außenminister in seinem Schlußwort auf die Danziger Frage verwandte: Polen habe in der Freien Stadt keine Interessen und Rechte, von denen es nicht zurücktreten könne. Es habe allerdings auch kein Interesse daran, die Existenz der Freien Stadt und die Wirtschaft Danzigs zu

zerstören. Die Freie Stadt sei wirtschaftlich an Polen gebunden, und Polen wolle nur, daß seine Rechte beachtet würden. Trotz der Bewandlungen müßte festgestellt werden, daß in den letzten Jahren Fortschritte erzielt worden seien, und es sei seine Pflicht, zu erklären, daß im Verhältnis zu früheren Jahren, da diese Fragen lediglich ein Objekt des politischen Spiels waren, eine gefündere Grundlage gefunden worden sei, auf der sich das Verständnis für die gegenseitigen Belange finden lasse.

Es fiel auf, daß Oberst Beck in seinem Exposé das polnische Verhältnis zu Frankreich nur indirekt erwähnte, indem er betonte, daß das polnisch-französische Bündnis durch den Pakt mit Deutschland nicht beeinträchtigt werde, und daß er auch im Laufe der Aussprache auf Frankreich nur nebenbei zu sprechen kam, indem er Lovais Besuche, im abessinisch-italienischen Konflikt Frieden zu stiften, mit ein paar liebenswürdigen Worten bedachte. Bemerkenswert war auch, daß der Außenminister es vorichtig vermieð, sich näher über das Verhältnis zu Sowjetrußland zu äußern, obwohl ihm der Abgeordnete Surzanski-Polen hierzu Gelegenheit gab. Der Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, führte Surzanski u. a. aus, sei das erste reale Friedenswerk in Europa gewesen. Mit Bedauern sei jedoch festzustellen, daß das letzte Jahr nach einer kurzen Zeit der Entspannung eine bedenkliche Entwicklung aufweise. Es sei ein offenes Geheimnis, daß die Komintern eine erhöhte Aktivität einsetzte, um eine Revolution in Polen herbeizuführen. Man könne die Entschließung des letzten Kominternkongresses und insbesondere die Ausführungen Dimitroffs nicht verschweigen, den tschechischen Polenhaß zu beseitigen und Galizien zu liquidieren, um die Räteherrschaft aufzurichten. Oberst Beck hat, wie gesagt, auf diese Anpassung nicht reagiert, weder für noch gegen die Kritik des Abgeordneten Stellung genommen. Ebenso hat er sich gegenüber den Ausführungen Surzanskis zum deutsch-polnischen Gewaltverzehrspakt schweigend verhalten. Dieser Pakt, meinte der Abgeordnete, sei eine der wichtigsten Tatsachen in der fast tausendjährigen Geschichte Polens. Er habe nicht nur für die Partner ein überredendes Gewicht, sondern sei auchrichtig Erfüllung stelle er die Grundlage für den Frieden Europas schlechthin dar. Er, Surzanski, glaube an die amtlichen Erklärungen des Führers des deutschen Volkes, Adolf Hitler, und erhoffe, daß sich auf Grund dieser Erklärungen die gegenseitigen Beziehungen gestalten mögen. Allerdings müsse gesagt werden, daß ein großer Teil des polnischen Volkes dem Pakt von 1934 Mißtrauen entgegenbringe. Das sei in der Erkenntnis der Geschichte begründet, und deshalb sei eine längere Zeit notwendig, um dieses Mißtrauen zu überwinden . . .

Kleinigkeiten aus dem Sejm

In der Sejmaussprache über die Haushalte der verschiedenen Ministerien wurden manderlei interessante Mitteilungen über die Zustände und Bedürfnisse in Polen gemacht. Aus den Reden der Minister und den Referaten der Berichterstatter seien einige Einzelheiten wiedergegeben:

Charakteristisch ist für die Lage auf dem Arbeitsmarkt die gleichzeitige Zunahme der Beschäftigten und der Arbeitslosen. Dieser scheinbare Widerspruch ist aus dem starken Nachdrängen der Arbeitslosen vom Lande in die Städte und aus dem stetigen Geburtenzuwachs zu erklären. In Polen nimmt die Zahl der Beschäftigungssuchenden alljährlich um etwa 400 000 zu. Mit diesem Zuwachs vermag die Entwicklung von Industrie, Handel und Verkehr nicht Schritt zu halten. Besonders schwierig gestaltet sich unter diesen Umständen die Lage der Jugend. Während es im Jahre 1935 in Polen im ganzen 1,9 Millionen Menschen im Alter von 16 bis 19 Jahren gegeben hat, wird es im Jahre 1941, wenn das bisherige Entwicklungstempo anhält, bereits 3,1 Millionen Menschen dieser Jahrgänge geben.

Polen besitzt eine viel zu geringe Zahl von Ärzten. Auf je 3000 Einwohner entfällt im Durchschnitt des Staates nur ein Arzt, während es in Oesterreich dreimal so viel und in England und Lettland zweimal so viel Ärzte im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer gibt. Besonders unzureichend ist in Polen die räumliche Verteilung der Ärzte. In Warschau trifft z. B. schon auf je 514 Einwohner ein Arzt, während auf dem stachen Lande auf je 9000 Einwohner kaum ein Arzt entfällt.

Die Zahl der in Polen beschäftigten Ausländer beträgt nur 9558. Davon sind zwei Drittel bereits im Jahre 1921 in Polen tätig gewesen. Die mehrfach erhobene Forderung, diese Ausländer mit Rücksicht auf die Arbeitsmarktfrage auszuweisen, muß von der Regierung unter Beachtung der Tatsache abgelehnt werden, daß auch sehr viele polnische Staatsangehörige im Auslande erwerbstätig sind. Die Entlassung des polnischen Arbeitsmarktes durch die Ausweisung der Ausländer würde sehr wahrscheinlich durch die hierdurch prooozierten Gegenmaßnahmen der anderen Staaten mehr als aufgehoben werden.

Die polnische Staatspolizei besteht aus 774 Offizieren und 28 592 Mann; sie verfügt nur über 138 Autos, 154 Motorräder und 1435 Fahrräder. Das Generalstabskorps verfügt über 885 Offiziere und 25 421 Unteroffiziere und Soldaten. Die Kriminalität in Polen ist im Steigen begriffen. Noch härter als die Zahl der Bandenüberfälle, der Fälle von Staatsverrat usw. ist die Zahl der Ausschreitungen, der Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt und öffentlicher Außerordnung angemessen. Ferner hat sich die Zahl der gemeinschaftlichen Vergehren, der ungesetzlichen Versammlungen, der Verbreitung verbotener Schriften usw., vermehrt. Die Tätigkeit der umkürstlichen und terroristischen Organisationen hat an Umfang zugenommen. Besonders in den östlichen Gebietsteilen Polens wird in letzter Zeit in zunehmendem Maße die Organisierung von staatsfeindlichen Massenemonstrationen verübt.

Das polnische Gefängniswesen umfaßt 6 Besserungsanstalten und 333 Gefängnisse. Das gesamte Gefängniswesen dieser 339 Anstalten betrug am 1. Dezember v. Js. 39 028 Personen. Befragt aber waren die Gefängnisse an diesem Tage mit 59 560 Personen.

Die polnische Post arbeitet trotz niedriger Entlohnung ihrer Angestellten weit teurer als die

Russ Post aller west- und mitteleuropäischen Staaten. Ein Brief, der in Polen 25 Groschen kostet, wird bei Umrechnung des Kurses in Danzig zum Gegenwert von 13, in Frankreich, England und Deutschland zum Gegenwert von 17 Groschen befördert. In Polen entfallen auf je einen Einwohner im Jahr 21 Briefe, in der Schweiz dagegen 172, in Belgien 171, in Holland 132 usw. Nach der Zahl seiner Einwohner steht Polen in Europa an 6., nach der Zahl seiner Briefschaften und Telegraphen aber an 26., nach der Zahl seiner Rundfunktelefone an 19. Stelle.

Stetige Angriffe richtete der ukrainische Abgeordnete Celewicz aus Ditzgalien gegen die von dem Wojewoden Josseltz ausgehaltenen „ukrainischen“ Abgeordneten aus Wolhynien: „Man muß sich darüber klar sein, daß diese wolhynischen Führer nicht auf wolhynischem Boden aufgewachsen sind, daß sie vielmehr aus Gnade und Barmherzigkeit die polnische Staatsangehörigkeit erhalten haben und sich jetzt bemühen, dafür dankbar zu sein. Die Folge dieser Politik ist der gegenwärtige Stand der Dinge in Wolhynien, wo sich das Setzen wesen, die Gottlosenbewegung, das Banditentum und eine eigene Art von Kommunismus breit machen, da die Bevölkerung nicht zu positiver Aufbauarbeit zugelassen wird.“

Die Trennungslinie im Regierungslager

Die Mitglieder der Oberstengruppe sagen, daß es eine solche Gruppe in Wirklichkeit gar nicht gibt. Das trifft insofern zu, als diese Gruppe tatsächlich weder eine Partei, noch einen sonstwie organisatorisch fest umrissenen Personenkreis bildet. Sondern sie ist eben eine Gruppe von Politikern, die sich als alte Kämpfer und Vertraute des Marschalls für die allein wirklich berechtigten Erben und Vollstrecker seines Willens halten und, als die Männer der „Ersten Brigade“, mit einer gewissen Geringschätzung auf die „gleichgealteten“ Pilsudki-Anhänger blicken, die sie (politisch) als die „Dritte Brigade“ bezeichnen. Insofern ist also eine Oberstengruppe tatsächlich vorhanden, wenn sich der Kreis der Persönlichkeiten, der zu ihr gehört, auch nicht immer fest umreißt läßt.

Als im Herbst v. Js. die Regierungsumbildung erfolgte, begann sich der Unterschied zwischen der Oberstengruppe und der „Dritten Brigade“ deutlicher bemerkbar zu machen. Die Oberstengruppe wurde aus ihrer bis dahin vorherherrschenden Stellung verdrängt. Aber die entscheidende Position, das Außenministerium, wurde von ihr behauptet. Und an dieser Position mußte, wie sich schon nach wenigen Monaten zeigte, der Versuch, die Gruppe völlig auszulichten, scheitern. In letzter Zeit wurden bereits wieder verschiedene wichtige Posten mit Männern dieser Gruppe besetzt. Aber der Gegenhalt dauerte fort. Die Öffentlichkeit erlud über die Meinungsverschiedenheiten, die hinter den Kulissen ausgetragen wurden, nur wenig. Sie war auf Vermutungen angewiesen, und sie neigte dazu, von einer Opposition der Oberstengruppe gegen die Regierung Kosciakowski zu sprechen.

Da erregte ein Artikel erhebliches Aufsehen, der kürzlich in der „Gazeta Polska“ erschien, die sowohl das offizielle Regierungsblatt wie das Organ der Oberstengruppe ist. In dem Artikel wird eine gewisse Zermürbung in den führenden Kreisen des Regierungslagers festgestellt. Es gebe in diesem Lager Leute, welche die seit dem Waiumsturz von 1926 verfolgte politische Linie nicht mehr einhalten möchten. Nach der Meinung dieser Leute sei die Periode von 1926 bis 1935, also vom Waiumsturz bis zum Tode des Marschalls, eine „Ausnahmepériode“ gewesen, deren Bestand ganz und ausschließlich der Person Pilsudkis zu verdanken gewesen sei. Das „normale Polen“ müsse nach der Ansicht dieser Leute ein anderes sein. „Aber was für eines?“ fragte die „Gazeta Polska“ und fügt hinzu: „Das einzige andere Polen, das wir aus Erfahrung kennen, ist das Polen aus der Zeit vor 1926

gewesen. Alle diejenigen, die andern dauern den Bestand des Rachmai-Polens nicht glauben, beginnen so zu sprechen und zu handeln, als ob das Normal-Polen zurückkehren sollte...“ Und hier, sagt die „Gazeta Polska“, mache sich eine Trennungslinie bemerkbar. Nicht ein politisches Konzept, sondern der Glaube und der Charakter seines, der diese Trennungslinie ziehe. Auf der einen Seite ständen die Leute, die nicht zu glauben vermöchten, daß im Jahre 1926 das machtlose Polen für immer begraben wurde, und daß man das Land regieren könne, ohne dem Klassen- und Ständebogoisimus zu schmeicheln; auf der anderen Seite aber ständen diejenigen, die daran glauben, daß man das von Pilsudki begonnene Werk fortführen könne. Die Trennungslinie zeichne sich heute noch nicht ganz deutlich ab. „Aber früher oder später werden sich auf der einen Seite der Barrikade alle diejenigen vorfinden, die das Rachmai-Polen liquidieren wollen, und auf der anderen diejenigen, welche gewillt sind, es zu festigen, zu stärken und weiter emporzuführen.“ Es nähere sich der Tag, wo jeder sein Gewissen werden befragen müssen, wo sein Platz ist: unter denen, die glauben, oder unter denen, die den Glauben verloren haben. „Wir werden uns dem Werk zu“, so schließt das Organ der Oberstengruppe seinen Artikel, „Polen in die Normal-Zeit zurückzuführen, mit aller Entschlossenheit, deren wir fähig sind, widersehen. Der Kampf mit uns wird nicht leicht sein. Für niemanden!“

Dieser Artikel ist eine nicht mißzuverstehende Warnung der Oberstengruppe an die Regierung Kosciakowski. Die Trennungslinie geht nicht durch die Massen des Volkes allein, sondern auch durch die Regierung selbst. Die Kosciakowski, Kwiatkowski und Goretz machen die Öffentlichkeit gegen die Oberstengruppe mobil, der ja auch ihr Ministerkollege Bed angehört; und die Oberstengruppe benutzt zu ihrer Kritik an Kosciakowski, Kwiatkowski und Goretz das amtliche Regierungsorgan, die „Gazeta Polska“, und die gleichfalls von Regierungsgedern lebende Telegrammagentur „Iskra“. Eine sonderbare Lage. Mit ihrer baldigen Klärung ist freilich nicht zu rechnen. Es wird vielmehr versucht werden, die Spannung wie bisher zu überbrücken, um eine offene Krise des Regierungssystems, an der weder die Oberstengruppe noch die Kreise um Kosciakowski interessiert sind, zu verhindern. Kosciakowski hat vielleicht größeren Anhang. Aber die Oberstengruppe besitzt die stärkeren Persönlichkeiten.

Die obererschlesische Autonomie

In letzter Zeit beschäftigt sich die polnische Öffentlichkeit wieder lebhafter mit der Frage der obererschlesischen Autonomie. Besonders Interesse hat in dieser Beziehung die Haushaltsrede des Wojewoden Grazynski vor dem Schliesischen Teilgebietslandtag am 20. Januar d. Js. gefunden. Grazynski erklärte, daß er eine Abänderung des „Organischen Statuts“, also des Autonomiegesetzes der Wojewodschaft Schlesien, für „unbedingt erforderlich“ halte. Aus dem Befehl müßten, wie er sich ausdrückt, alle den „Grundfähigen des staatlichen Interesses“ widerstrebenden „politischen Ausschüßte“ verschwinden. Das Gesetz sei „schlecht formuliert“; ein Teil seiner Bestimmungen stehe im Widerspruch zur neuen Verfassung, ein Teil sei veraltet. Das Gesetz müsse „den Interessen des Anbaustrgebietes und den sozialen Anforderungen der Bevölkerung angepaßt“ werden. Die ersten Schritte auf diesem Wege seien der dem Teilgebietslandtag vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die territoriale Reorganisation der Gemeinden und Landkreise, die Abänderung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden und die Angleichung der Schul- und Steuergesetze an das übrige Polen.

Grazynski gab im Jahre 1926, als er sein Amt in Kattowitz antrat, zwar die ausdrückliche Versicherung ab, daß er die Autonomie mit allen seinen Kräften verteidigen werde. Das wirkliche Ziel seiner Tätigkeit aber war — neben der radikalen Unterdrückung des obererschlesischen Deutschtums — immer die Beilegung der Autonomie. Auch zu Beginn des vergangenen Jahres unternahm Grazynski einen Vorstoß gegen die autonomen Rechte der Wojewodschaft. Er machte damals, um seinen Absichten den gehörigen Nachdruck zu geben, die Straße mobil; in allen Städten Ostoberschlesiens fanden Kundgebungen der Grazynskianhänger statt, in denen Entschärfungen gegen die Autonomie gefordert wurden. Aber der Wojewode hatte damals noch mit einem lebhaften Widerstand der oppositionellen Parteien zu rechnen, die im Teilgebietslandtag gegenüber den Regierungsanhängern noch die Mehrheit besaßen. Die Christ-

lichen Demokraten Korsantys setzten sich heftig zur Wehr. Sie erinnerten an das feierliche Versprechen der Autonomie, mit dem die polnischen Abgeordneten während der Abstimmungszeit unter der obererschlesischen Bevölkerung auf Stimmfahnen ausgingen. Und der damalige Sejmmarschall Wolynski verwies im Schliesischen Teilgebietslandtag darauf, daß während der Verhandlungen über das Genfer Abkommen der polnische Unterhändler, Minister Dzierzowski, dem Präsidenten Calonder die verpflichtende Versicherung gegeben habe, daß Polen entschlossen sei, alle Rechte des ihm überantworteten Gebietes zu garantieren.

Inzwischen hat sich die politische Lage für Grazynski erheblich verbessert. Im Schliesischen Teilgebietslandtag verfügt der Regierungsblock (der sich in der Wojewodschaft Schlesien im Gegensatz zum übrigen Polen noch nicht aufgelöst hat) über die Mehrheit der Sitze. Die Widerstandskraft der oppositionellen Parteien scheint hier gebrochen zu sein. Grazynski sieht am längeren Hebel. Die Deutschen sind aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet. Der Aufständischen Verbänd scheint der einzige Faktor zu sein, mit dem Grazynski noch rechnet. Er hat in seiner Haushaltsrede die Verdienste dieses Verbandes „gebührend gewürdigt“ und nicht verfehlt, darauf hinzuweisen, daß für die Zwecke des Verbandes im Haushalt 100 000 Zloty bereitgestellt worden sind. Die Berechnung Grazynskis hat freilich einen erheblichen Fehler: Die augenblickliche Zusammenlegung des Landtags ist kein Spiegelbild der öffentlichen Meinung, am wenigsten in der Frage der Autonomie. In diesem Punkte sind die alleingesessenen Bewohner der Wojewodschaft empfindlich geblieben. Sie sind auf die Galizier und Kongresspolen, die unter dem Grazynskiregime in Massen das obererschlesische Land überhimmelt und in erheblichem Maße zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit beigetragen haben, niemals gut zu sprechen gemeldet. Von einer Beilegung der verbürgten Concordenrechte befürchten sie nicht ohne Grund eine weitere Ueberfremdung ihres Gebietes.

Ostland-Chronik

Polnische Propaganda in Deutschland

Auf dem Gebiete der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen hat sich im Laufe der letzten Monate manches ereignet. Auffällig ist dabei, daß die polnische Seite eine wesentlich stärkere Aktivität entfaltet als die deutsche, was darauf beruht, daß der polnischen Propaganda in Deutschland nicht dieselbe passive Haltung oder gar Ablehnung begegnet wie der deutschen Propaganda in Polen.

Man kann nun nicht in jedem Falle behaupten, daß die deutschen Stellen, die bei der Veranstaltung einer polnischen Ausstellung oder dergleichen als Partner oder Gastgeber auftreten, sich besonders geschickt zu benehmen verstehen. Insbesondere gibt hier die Tätigkeit des Deutsch-polnischen Instituts an der Berliner Lehnigshochschule zu Beanstandungen Anlaß, sowohl in der Regie seiner Vortragsstätigkeit wie auch letztlich wieder bei der Durchführung einer Ausstellung von Photos, Zeichnungen und Aquarellen nach Motiven polnischer Landschaften und Städte. In letzter Zeit hat auch eine polnische Kunstausstellung in Stettin stattgefunden. In Dresden wurde der Film „August der Starke“ uraufgeführt, der sich als „deutsch-polnischer Gemeinschaftsfilm“ bezeichnet, wobei sich die „Gemeinschaft“ nicht nur auf die Herstellung, sondern auch darauf erstreckt, daß beide Seiten mit der Arbeit unzufrieden sind.

Vor einiger Zeit wurde in Berlin ein Kulturfilm der Ufa über das alte Krakau uraufgeführt. Der deutsche Charakter, den Krakau zu der Zeit trug, in der das architektonische Bild entstand, das dieser Stadt die Bezeich-

nung als einer „Königin der Städte Polens“ eintrug, wird in diesem Film geistlich untergeschlagen, damit man ja nicht erfährt, wie deutsch diese Stadt einmal war! Gleichzeitig mit diesem Kulturfilm wurde in Berlin ein von amtlicher Warschauer Seite zusammengestellter Film über das Leben Pilsudzis uraufgeführt; es handelt sich um eine Filmmontage, die ganz auf propagandistische Wirkung eingestellt ist — wahrscheinlich aus Mangel an geeigneten Bildstreifen — dieses unberücksichtigt läßt und manches umdeutet. Während dieser polnische Propagandafilm in Deutschland gezeigt wird, wird zu gleicher Zeit aber in Polen die Vorführung des Reichsparteitagfilms „Der Triumph des Willens“ in geschlossenen Veranstaltungen vor den Mitgliedern der deutschen Volksguppe verboten. Im Warschauer Sejm wurde während der Aussprache über den Staatshaushalt mit Recht das gute Funktionieren der polnischen Auslandspropaganda bestätigt.

Furtwängler dirigierte in Polen

Das Orchester der Berliner Philharmonie hat im Januar unter Führung seines berühmten Dirigenten Furtwängler eine Konzertsreihe durch Polen unternommen, die nach Warschau und Posen führte. Die Veranstaltungen, die auch vom polnischen Kunstbund übernommen wurden, waren ein voller Erfolg. Die Bromberger „Deutsche Kunstschau“ stellte in diesem Zusammenhang fest, „daß die Wahlverwandtschaft des polnischen Kulturlebens mit dem deutschen Kulturkreis ihre stärksten Bindungen durch die deutsche Musik erhalten hat“. Leider hat es auch bei diesem Anlaß einen leisen Miston gegeben. Die Annahme über den Kunstfunterfolge in polnischer und — französischer Sprache. Man darf wohl sagen, daß

ein klein wenig mehr Takt den polnischen Rundfunk dazu hätte veranlassen können, sich bei der Anlage eines deutschen Konzertes der deutschen Sprache zu bedienen. Daß das vermieden wurde, kann keineswegs an dem Mangel eines der deutschen Sprache kundigen Ansetzers gelegen haben; auch trifft es keineswegs zu, daß die deutsche Sprache in Polen weniger als die französische verbreitet ist. Man sieht eben, daß die sprichwörtliche polnische Höflichkeit auch dort, wo es sich um künstlerische Dinge handelt, unter gewissen Befehlsmassungen leidet. Man kann darüber nur lächeln. Nebenbei bemerkt, sagt der Reisende Stuttgart schon seit langem keine Konzerte, selbst wenn es sich nicht um Veranstaltungen polnischer Gäste handelt, u. a. auch in polnischer Sprache an.

Die Ortsnamen

Gelegentlich regen sich die Blätter des Volendundes darüber auf, daß hin und wieder ein Dorf im östlichen Deutschland statt seines bisherigen slawischen einen deutschen Namen erhält. Auch Smogorzewski hat sich lebhafte in einem Artikel in der amtlichen „Gazeta Polska“ von dieser Erregung ansetzen lassen. Den Ortsnamenänderungen liegt nach dem in Deutschland geltenden Verfahren der Wunsch der Bevölkerung zugrunde. Es ist nur allzu verständlich, daß in der Bevölkerung der Wunsch, fremd klingende Ortsnamen abzuändern, um so stärker wird, je mehr die feindselige Propaganda betrifft ist, aus den unheimlich klingenden Namen solche Ruchflüsse auf die Volkszugehörigkeit der Ortsbewohner zu ziehen. Wenn man die aufgeregten Kommentare zu derartigen gelegentlichen Ortsnamenänderungen in den polnischen Zeitungen liest, könnte man meinen, daß einem Polen nichts fernere läge, als an der Erfindung deutscher Ortsnamen in Polen Anstoß zu nehmen. Wie es sich in dieser Beziehung wirklich verhält, geht wieder einmal aus einer im „Ilustrowany Kurjer Codzienny“, der größten Zeitung Polens, am 15. Januar veröffentlichten Aufschrift hervor. Dort bespricht sich jemand darüber, daß es in Galizien heute, 17 Jahre nach der Wiedererrichtung des polnischen Staates, noch deutsche Ortsnamen gibt: Man finde dort Namen wie „Barwald“, „Mühlbach“, „Ernsdorf“, „Dornfeld“, Kaltwasser und Duzende andere. Diese deutschen Dörfer heißen natürlich Barwald, Mühlbach, Ernsdorf, Dornfeld usw. und sie sind auch nicht, wie der schlecht unterrichtete polnische Verfasser behauptet, zur Zeit Jozefa II. „umgetauft“ worden, sondern es handelt sich hier um Namen von Dörfern, die von deutschen Kolonisten auf damals noch ungerodetem und unkultiviertem Boden, auf dem es noch keine slawischen Siedlungen gab, angelegt wurden. Ebenso fällt es dem polnischen Verfasser auf die Nerven, daß es im abgetrennten Gebiet Westpreußens noch Ortsnamen wie „Ragartz“, „Synwald“ usw. gibt (womit natürlich Rothgarten, Schönwalde usw. gemeint sind). Er ist der Meinung, daß das „Gefühl der nationalen Würde und das Bedürfnis, das frühere Unrecht und die Benachteiligung durch die Eroberer wieder gutzumachen“, die Beseitigung der deutschen Ortsnamen verlange. Denn, so heißt es weiter, „unser Nachlässigkeit stärkt die ererbischen Antipathie, da sie als Ercheinung der Schwäche gedeutet wird.“ Ra also . . .

Es ist ungläublich

Vor einiger Zeit fand in Thorn ein Beleidigungsprozeß statt, den der Inspektor für das Bildungswesen im Kreise Berent, Dr. Czesław Szopowski, gegen den verantwortlichen Schriftleiter des „Słowo Pomorskie“ angestrengt hatte, weil dieser ihn mit verächtlichem Ton als „Kulturträger“ bezeichnet habe. Der „Dziennik Bydgoski“ brachte über die Gerichtsverhandlung voller Entrüstung einen Bericht, in dem es u. a. heißt: „Es ist ungläublich, was da geschehen ist! Dr. Szopowski leitete in Berent einen vierwöchigen Vortragszyklus für Lehrer. Dieser Pädagoge hat es dabei fertig gebracht, von den Redakturen, von denen wir alle wissen, daß sie das Rückgrat des Volentums in Pommern sind und die Garanten des polnischen Zugangs zum Meere sind, öffentlich zuzugabe, daß sie zu nächst einmal Katholiken, dann Kaschuben und dann erst Polen sind. Weiter hat er gefagt, daß der Ausdruck „Du Pole“ in der Kaschube als Schimpfwort gilt.“ — Es ist wirklich ungläublich! . . .

Umsetzung eines deutschen Schulleiters

Der Leiter des Deutschen Privatgymnasiums in Tarnobiz (Ostoberlesien), Direktor Klemenz, wurde durch Verfügung der Wojewodschaft seines Amtes enthoben. Jedoch wurde ihm die Erlaubnis, an der Anstalt weiterhin Unterricht zu erteilen, gelassen. Von der Wojewodschaft wurde die Umsetzung damit begründet, daß Direktor Klemenz es zugelassen habe, daß unter den Schülern einer Anstalt ein Wanderverbunde bestehe, der unter dem Einfluß von der Schule fernstehenden Leuten stände. Direktor Klemenz hatte die Wandergruppe bereits im Dezember v. Js. von sich aus aufgelöst und sein Verhalten in einem an die Wojewodschaft gerichteten Schreiben gerechtfertigt. Zu seinem Nachfolger wurde Prof. Fischer ernannt.

Neue tschechische Schikanen gegen die Tschechen Polen

Am 24. Januar wurde das Gebäude des polnischen Hotels „Polonia“ in Tschschischon von einer starken Gendarmereibteilung umstellt und einer eingehenden Durchsuchung unterzogen. Vor allem durchsuchte die tschechische Gendarmerei die Räume des Polnischen Schulvereins; sie wandte ihre Aufmerksamkeit aber auch den Räumen der anderen im Hotel untergebrachten polnischen Vereine zu, wie des polnischen Feuerwehverbandes, des Pfadfinderverbundes usw. Sämtliche Bücher und der gesamte Schriftwechsel wurden durchstöbert. Alle im Hause anwesenden Personen wurden von Kopf bis Fuß durchsucht. Vier Personen wurden verhaftet, daß die Gendarmerei einem Bund polnischer Werkschüler auf die Spur gekommen sei, der seinen Sitz im Hotel „Polonia“ haben soll. — Für das Militärtraum, mit dem die tschechischen Behörden jeder Regierung politisch-nationalen Lebens innerhalb der Grenzen ihres Staates gegenüberliegen, ist auch ein anderer Vorfall, der sich in Währisch-Dorftraum am gleichen Tage ereignete, bezeichnend. Dort wurde ein Beamter des polnischen Konsulates, der sich als diplomatischer Kurier auf dem Wege zur polnischen Gesandtschaft in Pr., befand, von der tschechischen Gendarmerei verhaftet und erst nach einiger Zeit auf Anordnung einer höheren tschechischen Polizeistelle wieder freigelassen. Der Polizeidirektor von Währisch-Dorftraum hat sich wegen dieses Vorfalles beim polnischen Konsul entschuldigt.

Peinliche Verwechslung in Wien

Auf der Ringstraße in Wien spazierten dieser Tage zur Freude vieler und zum Entsetzen einiger weniger zwei Sportler, die auf ihren Hemden große Hakenkreuze mit einem Tannenzweig verzieren trugen. Einer der überreizigten „Baterländischen“ machte einen Wachmann auf dieses infame Verbrechen aufmerksam. Der Wachmann brachte die beiden Provokatoren, die absolut nicht deutsch verstanden wollten, auf das Polizeikommissariat, wo sich bald der mysteriöse Fall aufklärte. Die beiden Missetäter entpuppten sich nämlich als polnische Pfadfinder, die dem Tatrago angehören und ähnlich wie die Gebirgsschützen auf ihren Hemden Hakenkreuze mit einem Tannenzweig tragen.

Die Lokalität der Indo

Es hat in Polen starke Beachtung gefunden, daß die ukrainischen Vertreter im Warschauer Sejm zum ersten Mal seit dem Bestehen des polnischen Staates für den polnischen Heereshaushalt gestimmt haben. Der der Indo angehörende ukrainische Abgeordnete Celmeicz begründete diese Zustimmung damit, daß „eine starke und gut ausgerüstete polnische Armee im Interesse der ukrainischen Nation liege“. Die amtliche „Gazeta Polska“ a. mit folgenden Worten: „Solche Tatsachen vergrößern nicht die Spannungen, die sich zwischen den ukrainischen und polnischen Nationen bilden.“ Die ukrainische Regierung hat diese Erklärung abgelehnt, sondern auch derjenigen, die sie empfangt.“ Dann aber, als ob es schon zu viel gesagt hätte, schwenkt das polnische Regierungsblatt sofort wieder ein:

Polen warte nun auf die Taten, die diesen Worten folgen werden. Also hält das Blatt von der Erklärung Celenwicz im Grunde doch wohl nicht so viel? Oder es sieht in der Erklärung zum mindesten keinen Grund, den Ukrainern zu danken. Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit an eine entsprechende, noch weiter gehende Lokalitätserklärung, die vor einigen Jahren einmal einer der damaligen Abgeordneten der deutschen Volksgemeinde abgab. Es war das wohl das einzige Mal, daß ein Sprecher der deutschen Volksgemeinde im polnischen Sejm offenen Beifall bei den polnischen Abgeordneten fand. In der Lage der deutschen Volksgemeinde aber hatte auch diese Versicherung unbedingter Staatsstreue nichts zu ändern vermocht.

Kommunisten wählen in Polen

Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht unter der Ueberschrift „Kommunisten wählen in Polen“ einen sehr bemerkenswerten Bericht ihres Warschauer Vertreters über die in letzter Zeit wieder stärker in Erscheinung tretende Wählerarbeit der Kommunisten in Polen. In dem Bericht heißt es u. a.: „Im Haushaltsauschuss des Sejms hat sich in den letzten Tagen der polnische Minister des Innern in einer Rede zu seinem Haushalt sehr befragt über die wieder machende kommunistische Bewegung in Polen geäußert. Im Sommer des Vorjahres glaubte der jetzige Ministerpräsident die kommunistische Partei Polens (KPP) nach einem großangelegten Feldzug der Polizei gegen ihre illegalen Organisationen für vorläufig lahmgelegt erklären zu können. Aber jetzt teilt der Minister des Innern mit, daß die illegale Tätigkeit der Kommunisten in den letzten Monaten wieder ungewöhnlich stark gemehrt ist. In den letzten Wochen sind allein in Warschau annähernd ein Dutzend Gewerkschaftsversammlungen ausgebrochen worden, die nach der Darstellung der Polizei in Warschau kommunistische Versammlungen gewesen sind. Die Lokale dieser Gewerkschaften wurden geschlossen und Hunderte ihrer Mitglieder verhaftet. Aber beimähe in jeder Nacht werden in den Arbeiter- und Judenvierteln Transparente und Plakate mit kommunistischen Schlagworten und Aufrufen angeheftet oder an den Zeitungsdrähten der Straßenbahn aufgehängt. Seit Neujahr ist bei Laßche in Tag vergangen, an dem nicht in Polen ein Kommunistenprozess eröffnet oder abgeschlossen wurde. Im Rahmen der Komintern spielt die KPP durchaus nicht die geringste Rolle. In der letzten Zeit hat sich der neue Führer der Komintern, Dimitroff, der KPP besonders angenommen, und in Polen hat man Aufrufe zu Gesicht bekommen, in denen Dimitroff und die Führer der KPP zum Sturz des tschechischen Regimes in Polen auffordern.“

Mord in Wilna

Der Sitzungssaal des Wilnaer Bezirksgerichts war am 27. Januar der Schauplatz eines verberberischen Anschlags auf einen Zeugen. Der im Prozeß gegen 17 der Vorbereitungen des Hochverrats beschuldigte Kommunisten vernommen wurde. Während der Vernehmung dieses Zeugen erhob sich plötzlich ein Mann von einer der Zuschauerbänke, ging auf den Zeugen zu und feuerte hintereinander vier Schüsse aus einem Revolver auf ihn ab. Der Zeuge stürzte getroffen zu Boden, erhob sich aber wieder und rief: „Es lebe Polen!“ Darauf sank er erneut zusammen. Der Täter verlor die allgemeine Verwirrung zu benutzen und zu fliehen. Er wurde jedoch vom Polizeibeamten verfolgt. Auf der Treppe wandte er sich plötzlich um und schoß auf seine Verfolger, ohne aber zu treffen. Die Beamten erwiderten das Feuer; sie brachten dem Täter eine schwere Verletzung bei, so daß er ebenso wie der angeschossene Zeuge ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Die jüdischen Studenten

Der „Kurier Poznanski“ veröffentlichte am 19. Januar eine Uebersicht über die Zahl der an den Hochschulen Polens studierenden jüdischen Studenten. Es muß vorausgeschickt werden, daß es sich hierbei nur um die polnischen Juden handelt, während die getauften Juden in der Statistik nicht berücksichtigt worden sind. Dem-

nach hat es im Frühjahr 1933/34 an den 24 Hochschulen Polens unter im ganzen 49 599 Studierenden 8 225 jüdische Studenten gegeben; das sind 17 %.

In 25 von den Juden benutzten Studienfächern gehören, wie das auch in anderen Ländern der Fall ist, Rechts- und Wissenschaften und Medizin. Hoch ist der jüdische Anteil auch an den Journalistenhochschulen, an denen auch vorwiegend jüdische Dozenten tätig sind. Schwach sind dagegen die Handelshochschulen von den Juden besucht. Unter den einzelnen Hochschulen ist die Freie Hochschule in Warschau am härtesten verjüdet; deren Studenten bestehen fast zur Hälfte aus Juden. Besonders stark sind auch die Universitäten Wilna, Lemberg, Warschau und Krakau jüdisch verfeuert. Am reinsten hat sich immer noch die Universität Posen gehalten; doch ist auch hier die Zahl der Juden im Steigen begriffen: im Frühjahr 1924/25 nur 17, 1933/34 schon 77, 1934/35 schon 86 und gegenwärtig über 100 Juden.

Das polnische Schulwesen in Danzig

Das polnische Schulwesen auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig hat sich im vergangenen Jahre dank der entgegenkommenden Haltung der Danziger Schulverwaltung erheblich entwickelt. Das nach Marjaski Pilsudski benannte polnische Gymnasium in Danzig wird z. B. von 550 Schülern und Schülerinnen besucht. Die Zahl der Schüler der polnischen Handelsschule stieg im vergangenen Jahr von 184 auf 216. Außerdem gibt es in der Stadt Danzig sowie in sechs anderen Orten des Freistaatsgebietes polnische Volksschulen, die insgesamt z. B. von 711 Schülern besucht werden. Das sind 33 mehr als im vergangenen Jahr. Auch die Zahl der Kinder, die in den 18 polnischen Kindergärten des Freistaatsgebietes untergebracht sind, ist gestiegen, und zwar von 602 auf 712. Nur die reichliche Hälfte der diese polnischen Anstalten besuchenden Kinder besitzt die Danziger Staatsangehörigkeit. Die übrigen sind Kinder polnischer Staatsangehöriger, die in Danzig erwerbsfähig sind, vor allem bei der polnischen Eisenbahndirektion Danzig angestellt sind. Es ist bekannt, daß von polnischer Seite immer wieder, und z. T. auch mit Erfolg, versucht worden ist, auch die Kinder deutscher Eltern, die sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit von polnischen Stellen, vor allem der Eisenbahndirektion, befinden, in die polnischen Schulen zu ziehen. Im ganzen werden die erwähnten polnischen Unterrichtsbetriebe gegenwärtig von über 2100 Kindern besucht.

Neuordnung in Danziger Pressewesen

Der Verband der Danziger Presse, der nach Errichtung der Freien Stadt Danzig vor 15 Jahren, Anfang Januar 1921, ins Leben trat, hat sich jetzt als Ständevertretung der hauptberuflichen Journalisten deutscher Nationalität unter kameradschaftlicher Beteiligung der in Danzig tätigen reichsdeutschen Pressevertreter mit der Annahme neuer Satzungen und der Beschlüsse gerichtlicher Register- und Eintragungsausschüsse über die Eintragung der Verbandsführer die Schriftleiter Friedrich von Wilpert („Danziger Neueste Nachrichten“) und Rolf Winkler („Danziger Korrespondenzbüro“). In den Führerkreise wurden die Schriftleiter Artur Lenz („Deutsche Allgemeine Zeitung“), Joachim Mehnert („Deutsche Nachrichten-Büro“) und Hanns Strohmenger („Der Danziger Borposten“) berufen. Der Verband der Danziger Presse gilt dem Senat der Freien Stadt Danzig gegenüber als die maßgebende berufliche Ständevertretung der deutschen Journalisten in Danzig.

Werbt für „Ostland“, die Halbmonatsschrift für Ökopolitik!

Einschränkung der Einfuhr aus Polen

Im Warenverkehr zwischen Deutschland und Polen ist eine Entspannung eingetreten. Die Hoffnungen, die man auf beiden Seiten an der Abschlus des am 20. November v. Js. in Kraft getretenen Wirtschaftsvertrages gesetzt hatte, haben sich vorerst nicht erfüllt. Die Schwierigkeiten rühren, wie auch schon beim Kompensationsabkommen vom Oktober 1934, in der Hauptsache daher, daß sich die polnische Wirtschaft als zu schwach erweist, die vorgesehenen Kontingente an deutschen Waren aufzunehmen, bzw. daher, daß der polnische Importhandel nicht geldkräftig genug ist, um die notwendigerweise unbequemeren Bedingungen des Barerwerbsverkehrs zu ertragen. Das geht aus folgenden Angaben hervor: Vom 20. November bis zum 31. Dezember v. Js. betrug die polnische Einfuhr aus Deutschland den Gegenwert von 495 Mill. Danziger Gulden, die deutsche Einfuhr aus Polen dagegen den Gegenwert von 12,9 Mill. Danziger Gulden. Polen (einschließlich Danzig) hat in diesem Zeitraum also nur 38 v. H. des Warenwertes aus Deutschland bezogen, den es hätte beziehen müssen, um den im Wirtschaftsvertrag festgelegten Grundsatz 1:1 einzuführen. Da für Deutschland die Gewährung von Krediten an die polnischen Importeure nicht in Frage kam, blieb nur die Einschränkung des deutschen Warenbezuges aus Polen übrig, um zu einem Ausgleich der Bilanz zu kommen.

Da sich dieses Mißverhältnis von Einfuhr und Ausfuhr auch im Monat Januar nicht besserte, fanden vom 16. bis 22. Januar in Warschau Verhandlungen der im

Wirtschaftsvertrag vorgesehenen beiderseitigen Regierungsausschüsse statt. Als Ergebnis der Besprechungen wurde folgendes betriebsgemäß: Mit Rücksicht darauf, daß die Ausfuhr einiger landwirtschaftlicher Waren aus Polen aus Saisongründen sehr bedeutend war, die deutsche Einfuhr nach Polen und der freien Stadt Danzig dagegen die ursprünglich festgesetzte Höhe nicht erreicht hat, haben die Regierungsausschüsse beschlossen, den polnischen Ausführplan für den Monat Februar bedeutend herabzusetzen. Eine ungenügende Entwicklung der deutschen Ausfuhr nach Polen muß unbedingt zu einer Drosselung der polnischen Ausfuhr nach Deutschland führen. Die besonders starke Beschränkung der polnischen Ausfuhr im Monat Februar hat zum Ziel, eine glatte Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Rahmen des Barerwerbsabkommens, sowie die unverzügliche Auszahlung der Forderungen an die Ausführernden sicherzustellen und insbesondere unter allen Umständen zu verhindern, daß irgendwelche Forderungen aus polnischer Ausfuhr in Deutschland eingefrieren. Um für die Zukunft eine weitere starke Einschränkung der polnischen Ausfuhr nach Deutschland zu vermeiden und der reibungslosen Abwicklung des Warenverkehrs die Wege zu bereiten, haben sich die beiden Regierungsausschüsse über Maßnahmen verständigt, die zu einer Steigerung der deutschen Einfuhr nach Polen und damit zwangsweise zu einer Steigerung der polnischen Ausfuhr nach Deutschland führen werden.

Polnische Uebersetzungen deutscher Bücher

Unter der Ueberschrift „Deutsche Dichtung im Zerrspiegel“ erschien in „Wärschen Reden und Leben“, der ausgetragenen Beilage des „Danziger Borspeler“ für Literatur, Kunst und Wissenschaft nächstgehender Beitrag von Arthur Heil.

Staaten verkehren miteinander durch die Mittel der Politik, die Fragen der Macht und der Wirtschaft regelt und entscheidet. Kultur und Kunst aber sind die Gebiete, auf denen die Völker sich begegnen. Durch den Austausch ihrer geistigen Güter lernen sie sich kennen und verstehen. Doch die Grundleitheit des Kennenlernens und das Maß und die Richtigkeit des Verstehens hängen von der Deutlichkeit und Ehrlichkeit des Bildes ab, das ein Volk von dem anderen erhält, und das Bild wird nur dann ehrlich sein, wenn es die wesentlichen Charakterzüge und das wirkliche Leben eines Volkes wiederpiegelt. Kaum zu verfehlen ist das Bild da, wo es sich um einen Austausch von geistigen Gütern handelt, der keines Vermittlers oder Auswählers bedarf, von Büchern also, die aus den Bezirken der Musik, der Malerei, der Plastik, der Architektur stammen. Hier sind jedes Menschen eigenes Auge und Ohr Vermittler, Wähler und Richter zugleich. Anders liegen die Dinge aber da, wo die fremde Sprache Schwierigkeiten bereitet: in die Bezirke fremder Literaturen und Dichtungen wird man meist nur mit Hilfe von Uebersetzungen eindringen können. Hier zeichnen die Uebersetzer dafür verantwortlich, daß ein deutsches und ehrliches Charakter- und Lebensbild des anderen Volkes vermittelt wird. Und die Verantwortung, die sie tragen, wiegt um so schwerer, als der Kreis der Lesenden immer größer ist als der der Malerei- und Musikfachverständigen. Man wird Kultur und Art eines fremden Volkes meist nach dessen Literatur und Dichtung beurteilen.

Wie sieht nun das Bild aus, das die polnischen Uebersetzer deutscher Bücher ihrem Volke von Wesen und Art des deutschen Volkes vermittelt haben? Welche deutschen Bücher haben sie für charakteristisch, für wichtig, einer Uebersetzung für wert gehalten? Wir wollen bei dieser Betrachtung die Jahre 1933 und 1934 berückichtigen.

Im Jahre 1933 sind 38 deutsche Bücher in die polnische Sprache übersetzt worden, und zwar wurden in einer Zeit, in der der politische und kulturelle Umbruch im deutschen Volke bereits vollendet

wurde, in der die ganze Welt auf Deutschland sah und das Interesse an deutschen Büchern besonders groß war, folgende deutsche Bücher durch Uebersetzung dem polnischen Volk zugänglich gemacht: drei Bücher von Viktor Baum, sechs Bücher von Courths-Mahler, ein Buch von Feuchtwangers „Der jüdische Krieg“, vier Bücher von Gerstädt, Ernst Haefliger „Frieden“, H. H. Gollis „Ein Mensch ertrinkt“, „Die heilige und ihr Mann“ von Agnes Gruenther (3. polnische Auflage), H. H. Hinzelmanns „Der Freund und die Frau des Kriegesoldaten Hinkeldey“, ein Buch von T. Hergl, drei Erzählungen von E. T. Hoffmann „Kestner“, „Fabian“, „Sigis — eine von uns“ von der Armgard Keun, „Drei Tage Liebe“ von Ledebur, zwei Bücher von E. Lothar „Der Kampf um das Herz“ und „Kleine Fremdin“, ein Buch von Alfred Reumann, ein Buch von T. Plivier „Der Kaiser ging, die Generale blieben“, Schillers „Don Carlos“, drei Bücher von Bruno Traven, darunter „Die weiße Kote“ und „Das Lotenstück“, eine deutsche Uebersetzung aus dem Englischen über Friedrich Hingel, Jacob Haefliger „Bula Matari“ das Leben Stanislaus Freys „Begerbe“, Arnold Zweigs „Pont und Anna“ und schließlich drei Bücher von Stefan Zweig, eine Studie über Freud, „Amor“ und „Marie-Antoinette“.

Man sieht dieses Verzeichnis mit Schaudern. Sechsmal Courths-Mahler von „Frau Justas Bestreung“ bis „Schweifer Mariens Geheimnis“. Dreimal Viktor Baum, Feuchtwanger, Haefliger, Hinzelmann, Traven, Zweig, um nur einige Namen zu wiederholen, als „Repräsentanten deutscher Dichtung“.

Was man nun für das Jahr 1933 geltend machen kann, um sich das Zustandekommen gerade dieser Kollektion von Uebersetzungen zu erklären: daß Uebersetzungen die Zeit brauchen, daß die Ereignisse des Januar 1933 die Welt überdeckt haben usw., alles das entfällt für das Jahr 1934. Hier könnte man nun mit allem Recht ein anderes Bild der deutschen Literatur erwarten. Aber das Verzeichnis der in diesem Jahre ins Polnische überetzten deutschen Bücher ist noch furchtbarer als das oben mitgeteilte des Jahres 1933. Die Zahl der überetzten Bücher ist von 38 auf 49 gestiegen. Aber unter ihnen befinden sich allein zehn Bücher von der Courths-Mahler! Dann zwei

Bücher von der Widi Baum, zwei von Bruno Trauen, zwei von Arno Alexander, eins von Frank Franke, „Die Teufelsmühle“ von Berg Berger, „Robert oder Konrad“ von Friede Birkenr, ein Buch von einer Liesbeth Buerger. Auch „Doris, das funfzehnte Mädchen“ von der Irmgard Keun ins Polnische zu überlegen, lag ein dringendes Bedürfnis vor. Das Buch „Die Heilige und ihr Rarr“ von Agnes Guenther erlebte seine fünfte polnische Auflage. Dann finden wir den Richard Kay mit einem Buch, einen Kurt Kläber („Passagiere dritter Klasse“), einen Joe Lederer („Muller der Nacht“), eine Maria Leitner („Eine Frau bemastert die Welt“), zwei Bücher von Ernst Vothar, ein Buch von Robert Keumann („Die Nacht“), einen Ernst Erich Roth, einen Josef Roth mit zwei Büchern, einen Josef Spillmann, einen Friedrich Torberg („Ist das Liebes?“).

Dann sind vertreten: Hans Kallada („Kleiner Mann — was nun“), Erwin Egon Kallisch („China geheim“ und „Das Gesicht Sowjetasiens“), Emil Ludwig („Gespräche mit Mussolini“), Thomas Mann (der erste Band seiner Trilogie „Joseph und seine Brüder“), Franz Werfel („Barbara“) und Jakob Wassermann („Joseph Kertshovens dritte Exilienz“). Zu diesen Blüten „deutscher Geisteslebens“ gesellt sich noch Lion Feuchtwanger mit den Büchern „Erfolg“ und „Die Geschwister Oppenheim“. Das letzte Buch ist in Amstterdam erschienen und behandelt die Geschichte einer jüdischen Familie von der Zeit der Königschaft Schleiers bis einige Monate nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus: eine Gruelschwarze gemächlichsten Kalibers. Dann kommt noch der Heinz Liepmann mit dem Buch „Tod made in Germany“, das den in Hitler-Deutschland „ermordeten“ Juden gewidmet ist, hier also nicht mehr charakterisiert zu werden braucht.

Unter den Uebersetzungen finden sich ferner ein Buch von R. Braungraber über „Karl und das 20. Jahrhundert“ und ein Buch über die Verhältnisse im Saargebiet vor der Abstimmung von Gustav Regnier. Zum Schluss ist man sehr erstaunt, in der Liste der überlegten Bücher auch Goethes „Reineke Fuchs“ und Mirko Jelencs „Julius Caesar“ zu finden.

Der Pole (?) Leo Piminski hat in dem „Literarischen Jahrbuch“ einige der überlegten Bücher charakterisiert.

Bücher über den Osten

Volen im politischen System Europas. Von Wladislaw Studnicki. Herausgegeben und überlegt von Johannes Raab. Verlag von E. S. Mittler und Sohn, Berlin, 1930. 223 Seiten. Preis 4,80 RM. — Das Buch von Studnicki ergreift, als es Anfang 1935 in polnischer Sprache erschien, nicht nur in Polen selbst, sondern auch im Ausland erhebliches Aufsehen. Die polnische Presse aller Schattierungen lehnte die von Studnicki hier entwickelten Ideen über die Grundgedanken und Ziele der polnischen Außenpolitik mit Enthusiasmus ab. Die Oppositionspress beschränkte ihn als einen Soldateng der deutschen Propaganda; und die der Regierung nahestehenden Kreise zogen einen deutlichen Trennungsfurch zwischen sich und dem „Außenleiter“ und „Eigenrührer“ Studnicki. Als der erste Sturm vorbei war, wurde es wieder still um das Buch. Man vernahm es in Polen, noch viel härter zu sprechen, aber man hat es inzwischen wahrheitsgemäß und so aufmerksam gelesen. Zweifellos ist das Buch es wert, daß man sich mit ihm beschäftigt. Man darf dabei nur nicht vergessen, daß Studnicki eben für niemanden spricht, als für sich selbst, daß er es nicht ist, der die öffentliche Meinung in Polen beeinflusst. Vor allem ein deutscher Leser darf sich nicht vergessen. Im „Ostland“ wurde bereits einige Zeit nach Erscheinen der polnischen Ausgabe ausführlich zu dem Buch Stellung genommen. (Nr. 6/1935, Seite 62/63.) Hier sei nur noch einmal das Programm der polnischen Außenpolitik, das Studnicki entwickelt, in Stichworten skizziert: Absehen von Frankreich, Zusammenarbeit mit Deutschland im Rahmen der mitteleuropäischen Wirtsch.; Zusammenlegung Osteuropas und Deutschlands, allmähliche Aufteilung der baltischen Staaten durch Angliederung der südbaltischen Gebiete aus Lettland, der Slowakei an Ungarn und des Zepinger Gebietes an Polen, Wiederherstellung der historischen polnisch-ungarischen Grenze, ungarisch-rumänisches Kondominium in Siebenbürgen, Völkervereinigung der ukrainischen Gebiete von Sowjetrußland, Selbständigkeit der Krain und Kautlains, Vorrücken der japanischen Grenze bis zum Bakuflaß, usw. Es ist interessant, die Bemerkung Studnickis zu diesen einzelnen Forderungen

Thomas Mann und Franz Werfel werden von ihm sehr gelobt. Den Inhalt des Buches von Feuchtwanger „Die Geschwister Oppenheim“ zitiert er so ausführlich, daß den Lesern des Jahrbuches das Schicksal der jüdischen Geschwister genau mitgeteilt wird: der eine Jude verübt Selbstmord, der zweite muß seinen Beruf aufgeben, und der dritte stirbt nach der Hoff im Konzentrationslager. Dann meint Herr Piminski, daß dieses Thema zur literarischen Behandlung offensichtlich noch nicht reif sei. Ueber das Buch „Tod made in Germany“ sagt er, daß der Heinz Liepmann die Graualenheiten des Konzentrationslagers „mit ungewöhnlicher Kraft“ geschildert hat. Aus dem Vorwort dieses Buches zitiert er die Stelle, in der Liepmann beteuert, daß das Buch nur wahre Begebenheiten enthalte . . .

Das deutsche Volk und die für kein kulturelles Leben maßgebenden und verantwortlichen Männer haben ihr Urteil über die meisten Autoren, deren Namen und Produkte in dem Verzeichnis der überlegten Bücher stehen, gesprochen. Einige dieser Schriftsteller befinden sich außerhalb der Reichsgrenzen in der Emigration. Es erübrigt sich, heute noch von ihnen und ihren Büchern zu sprechen.

Man wird aber feststellen müssen, daß das Bild, das dem polnischen Volk durch die Uebersetzung der oben genannten, in deutscher Sprache geschriebenen Bücher von Wesen, Kultur und Literatur des deutschen Volkes vermittelt worden ist, falsch und verzerrt ist. So sieht das deutsche Volk nicht aus. Die Repräsentanten seines Geisteslebens und seiner Dichtung sind nicht die Mann, Feuchtwanger, Trauen, Courtis-Mähler und Hingelmann. Seine Repräsentanten sind vielmehr Männer wie Stolzenberg, Schäfer, Grimm, Mundt, Scholz, die Brüder Jünger und andere, um nur einige Namen heute lebender und wirkender Dichter herauszugreifen, die wir vergeblich in dem Verzeichnis der überlegten Autoren gesucht haben.

Wäre es nicht möglich, daß sich einmal amtliche deutsche Stellen mit der Frage der Uebersetzungen deutscher Bücher in fremde Sprachen befassen? Es handelt sich hier darum, dem Auslande ein richtiges und wahrheitsgetreues Bild vom deutschen Volke und seiner Dichtung zu geben. Diese Aufgabe wird gewiß nicht leicht zu lösen sein. Sie sollte aber dennoch immer wieder perucht werden.

zu verfolgen. Sie verrät in vielen Punkten den an Wissen reichen Gelehrten, den von den herrschenden Meinungen unbefangenen Publizisten und den optimistischen Imperialisten, dessen bekanntmüßige Offenheit auf die Berufsapolitiker bedingt wird. Es ist ein Programmbuch, wie es seit demienigen Dmowski in Polen noch keines mehr gegeben hat. Dr. K.

Neue Kaut-Ausgaben. In musterzüglicher Weise hat der Phaidon-Verlag in Wien zwei der Hauptwerke des großen deutschen Dichters neu herausgebracht, ungestört und mit jüdischen hervorragenden Bildnissen ausgestattet: „Die römischen Kämpfe in den letzten vier Jahrbüchern“ und „Zeitspiele im Zeitalter der Reformations“. Als Verfasser und Gedichtschreiber gleich anerkannt, hat Leopold von Kaut in diesen, der Allgemeinheit jetzt zu billigen Preisen zugänglichen klassischen Büchern das Bild einer für die Welt wie die deutsche Geschichte bedeutungsvollen Epoche geschildert. Wir bezaubern hier den Wächter, die von außen her in das Leben Deutschlands oft so verhängnisvoll eingegriffen haben, die uns in das wälsche und spanische Gland des Dreißigjährigen Krieges führten, und deren Ueberwindung sich das neue Reich zur Aufgabe gemacht hat, um Volk und Reich nie wieder in solche Abgründe versinken zu lassen. Dr. L.

Am 31. 12. 1935 verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Kaufmann

Hellmut Wehl

im 61. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
Elfa Wehl, geb. Piminski
Berlin, Bäckerstraße 49 (früher Bromberg, Jägerhof)